

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 299

17. Dez. 2003

10. Jahrgang

Demokratie als lukratives Geschäft

Mehr als die Hälfte der BürgermeisterInnen, die bei den Wahlen am 9. November für eine Wiederwahl kandidierten, haben ihr Ziel erreicht, was als Zeichen der Anerkennung ihrer geleisteten Arbeit gewertet werden kann. Gleichzeitig hat es aber in über 30 Gemeinden nach den Wahlen gewalttätige Ausschreitungen, Proteste und Drohungen gegeben. Im Grunde haben diese beiden „Expressionen der Demokratie“ dieselbe Ursache: Das erhöhte Gemeindebudget. Der folgende Artikel erschien in *Inforpress Centroamérica* vom 21. November 2003.

GuatemalaAG?

Bei den Wahlen von 1999 gelang 36% der BürgermeisterInnen, die sich zum erneuten Mal nominieren liessen, die Wiederwahl. Bei den Wahlen von diesem Jahr stellten sich 205 BürgermeisterInnen ein wiederholtes Mal der Gunst der WählerInnen. 105 (51%) gelang die Wiederwahl. Am 15. Januar 2004 wird also rund jedeR dritte BürgermeisterIn die (mindestens) zweite Legislaturperiode antreten. Diese Daten sind als ein Erfolg zu werten, zieht man in Betracht, dass es auf nationaler Ebene keinem Präsidenten je gelungen ist, eine Wiederwahl zu erlangen. Wenn man davon ausgeht, dass der Hauptgrund für diese Nicht-Wiederwahl die Unfähigkeit der Präsidenten war, das Land zu regieren, kann man daraus schliessen, dass die steigende Anzahl wiedergewählter BürgermeisterInnen mit der Zufriedenheit der WählerInnen mit deren Arbeit zu tun hat.

Zweifellos haben sich die vergangenen Wahlen auch durch eine steigende Zahl von Konflikten ausgezeichnet. In mehr als 30 Gemeinden – also in jeder zehnten – haben die BürgerInnen und die KandidatInnen der „Verliererparteien“ die Wahlergebnisse nicht akzeptiert. In einigen Fällen bekamen die Sieger Todesdrohungen. In verschiedenen Gemeinden wurden die Wahlurnen verbrannt, und an vier Orten müssen die Wahlen wiederholt werden.

Diese zwei Begebenheiten – die Zunahme wiedergewählter BürgermeisterInnen und die Zunahme von gewalttätigen Auseinandersetzungen nach den Wahlen – scheinen gemeinsame Wurzeln zu haben: Die Gemeinderegierungen bekommen mehr öffentliche Gelder zugeteilt. Dies bedeutet, dass einE ehrlicheR BürgermeisterIn mehr Mittel zur Verfügung hat, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, was eine Wiederwahl begünstigt. Mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben, bedeutet aber auch, mehr Möglichkeiten zur Korruption zur Verfügung zu haben. KandidatInnen, die in der Gemeindeverwaltung eine Chance sahen, Geld in die eigene Tasche zu wirtschaften, investierten viel Geld in ihre Wahlkampagne mit der Idee, dies nach der Wiederwahl wieder „zurückzuerhalten“.

Ein Gemeindeangestellter aus Izabal erklärte gegenüber *Inforpress*, dass eine erfolgreiche Kampagne mindestens 150'000 Quetzales (ca. US\$ 18'750) kostet. Mit einem monatlichen Gehalt von 3'000 Quetzales (ca. US\$ 375), muss einE

BürgermeisterIn vier Jahre arbeiten, um dieses Geld zusammenzusparen. Das Zurückerlangen der in die Wahlkampagne investierten Gelder ist deshalb in vielen Gemeinden eine wichtige Ursache der Korruption.

Dies betrifft aber nicht nur die BürgermeisterInnen, sondern auch die Kongressabgeordneten. Dieses „unternehmerische“ Verständnis von Demokratie macht es für eineN KandidatIn schwierig, seine/ihre Wahlniederlage und somit den Verlust des in die Kampagne investierten Geldes zu akzeptieren.

In Zunilito, Suchitepéquez, sagte ein Bürger gegenüber *Inforpress*: „Bei uns gewinnt nie ein Kandidat die Wiederwahl, denn bei uns heisst es: „Der hat schon gegessen, jetzt soll ein anderer die Gelegenheit zum Essen haben“.“ Trotzdem ist der aktuelle Bürgermeister von Zunilito, Rudy Edelman Cop, mit überwältigenden 66% wiedergewählt worden.

Zusammenstösse zweier Märkte

Zwei Aspekte begünstigen die Korruption: Das Fehlen einer Kontrolle, einer Begleitung und aktiven Teilnahme seitens der Bevölkerung an den Geschäften der Gemeinde, ein Charakteristikum, das von einigen Analysten „Aufstandsbekämpfungsdemokratie“ genannt wird und der quasi unverhüllte Aufruf der zentralen Regierung und des privaten Sektors an die BürgermeisterInnen zur Korruption.

Der Analyst Boaventura de Sousa Santos nennt die Demokratie „ein Spannungsfeld zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Markt“. Auf der einen Seite ist der Markt, auf dem Ideen, Werte und Prinzipien gehandelt werden und wo die Bevölkerung den/die besteN Kandidaten/in auswählt. Auf der anderen Seite ist der Markt, auf dem die verschiedenen Interessensgruppen, um die öffentliche Macht konkurrieren um sich Aufträge zu sichern, ihren Familienangehörigen eine Stelle zu beschaffen oder um Gelder abzuzweigen.

Im Moment ist der „Ideenmarkt“ in der Krise: Die KandidatInnen wechseln ihre Parteien, die Parteien ihre KandidatInnen. Was zählt, ist einzig die Chance, Stimmen zu gewinnen und die Kampagne zu finanzieren. Die Parteien werden nur unmittelbar vor den Wahlen aktiv, es gibt

keine längerfristige politische Bildung und keine Begleitung der BürgermeisterInnen, wenn diese einmal ihren Posten erworben haben.

Diese Seite der Demokratie ist sehr schwach gegenüber der anderen. Seit den 80er-Jahren hat der Markt der Wirtschaft den politischen Markt kontaminiert, meint de Sousa Santos. „Der politische Markt ist heute wirtschaftlicher, die Ideologien sind verschwunden, die Stimmen und politischen Positionen der Parteien haben ihren Preis, und dieser Preis ist die Korruption...“

Jährlich werden Aufträge im Wert von 13 Milliarden Quetzales (ca. US-\$ 1,5 Mrd.) öffentlicher Gelder an private Firmen vergeben. Präsident Portillo gab einst gegenüber *Inforpress* zu, dass der Haushaltsetat das grösste Geschäft eines Landes ist. Hinter diesen Geldern verstecken sich Interessen, Manipulation, Korruption und Gewalt.

Das Projekt *Service für Gemeindeinformation* (SIM) von *Inforpress* hat den Einfluss der Korruption auf Gemeindegeschäfte aus der Nähe verfolgt. So gibt

es z.B. Kongressabgeordnete, die gleichzeitig Bauunternehmer sind, die Scheinfirmen gründen, um an den Ausschreibungen öffentlicher Bauten teilzunehmen. Damit treiben sie bei den Verhandlungen die Preise in die Höhe im Wissen darum, dass eine ihrer Firmen den Auftrag bestimmt bekommt. Ebenso gibt es Strassen, die nirgendwohin führen und Schulen, die nur auf dem Papier existieren. Es gibt unzählige Rechnungen über Baumaterial wie Kies und Sand, datiert zwischen dem 9. November (dem Tag der Wahlen) und dem 14. Januar (dem Tag der Regierungsübergabe).

Gemäss den Aussagen eines Bürgermeisters in Progreso ist es schwierig, nicht korrupt zu sein: „Wenn ich damit einverstanden bin, mit dem Unternehmen eines Kongressabgeordneten einen Vertrag abzuschliessen, bekomme ich von der Regierung das Geld für den Bau einer Strasse in meiner Gemeinde. Wenn nicht, wird die Strasse nicht gebaut. Was soll ich machen? Die Leute brauchen die Strasse...“

Die Lösung für dieses Dilemma ver-

steckt sich in den Wahlergebnissen: Die vier Bürgermeister, die mit den besten Ergebnissen wiedergewählt wurden, gehören BürgerInnenkomitees an und werden von namhaften Persönlichkeiten ihrer Gemeinde unterstützt. In Interviews mit BürgermeisterInnen, die mit mehr als 70% der Stimmen wiedergewählt worden sind, kam klar heraus, dass ihr Erfolg auf der Beteiligung der Bevölkerung bei Entscheidungen auf Gemeindeebene und auf einer transparenten Geschäftsführung beruht.

Eine Untersuchung vom SIM über die Wahlen von 1999 kam zu dem Ergebnis, dass die BürgermeisterInnen, die wiedergewählt wurden, aus Gemeinden stammen, in denen allgemein eine hohe Wahlbeteiligung herrschte.

Die Zunahme der wiedergewählten Gemeinderegierungen geht auch dieses Jahr einher mit einer generellen Zunahme der Wahlbeteiligung auf nationaler Ebene: Während 1995 die Wahlbeteiligung bei 46.8% lag, gaben im Jahr 2003 landesweit 56% der wahlberechtigten Personen ihre Stimme ab.

Wahlkampagne verliert an Niveau

Guatemala, 10. Dez. Der politische Level, auf dem die Kampagnen der zweiten Wahlrunde geführt werden, lässt sehr zu wünschen übrig. Alvaro Colom von der Partei *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) und Oscar Berger von der *Grossen Nationalen Allianz* (GAN), die am 28. Dezember zur Stichwahl gegeneinander antreten, zeichnen sich darin aus, sich gegenseitig anzuschwärzen, anstatt offene Debatten zu führen oder klare Programme zu präsentieren, die den Interessen der WählerInnen entsprechen. Das Ethikabkommen, das zu Beginn der ersten Wahlrunde von den meisten Kandidaten (mit Ausnahme von Ríos Montt) unterzeichnet worden war, scheinen die beiden Kandidaten der zweiten Runde vergessen zu haben.

Die WählerInnen bewiesen in der ersten Wahlrunde, dass sie nicht mehr so einfach übers Ohr zu hauen sind, und dass sie fähig sind, ihre Stimme überlegt abzugeben. Dies erklärt die Wiederwahl vieler BürgermeisterInnen (siehe Artikel in diesem ¡Fijate!) und erklärt auch die klare Niederlage von Ríos Montt bzw. das gute Resultat der Regierungspartei FRG auf Gemeinde- und Kongressebene. Nichtsdestotrotz setzen Colom und Berger in ihren Kampagnen auf Konfrontation und Aggressivität, auf Lüge und gegenseitige Beschuldigungen.

Vor allem Alvaro Colom von der

Unidad Nacional de la Esperanza (UNE) führt einen sehr aggressiven und veränderten Diskurs im Vergleich zu dem vor dem 9. November. Ein Beispiel dafür ist, dass Colom von seinem Herausforderer sagt, wenn er wirklich so viel Geld habe, soll er sich doch etwas Intelligenz hinzukaufen. UNE-parteiinterne Probleme erreichten Ende November ihren Höhepunkt mit dem Rücktritt des Ex-Bürgermeisterkandidaten Elmar René Rojas mit der Begründung, seine Kampagne sei vom Rest der Partei boykottiert worden. Rojas beschuldigt in erster Linie die Ehefrau von Colom, Sandra Torres, gegen ihn gearbeitet zu haben. An der Person von Sandra de Torres stossen sich viele Gemüter: Colom, der im Vergleich zu seinem in Jeanshemd, Schnurrbart und Cowboystiefeln auftretenden und „Männlichkeit“ demonstrierenden Konkurrenten eher eine schwächliche Person ist und bedingt durch einen Sprachfehler sehr leise und nälend spricht, wird vorgeworfen, er lasse sich von seiner Frau herummmandieren und sie sei es, die hinter den Kulissen die Fäden der Partei in den Händen habe.

Oscar Berger hingegen führt eine eher langweilige Wahlkampagne. Zwar nimmt er inzwischen auch selbst an Diskussionsforen mit Colom teil, doch schickt er immer noch häufig seinen Vizepräsidentenskandidaten, Eduardo

Stein, zu öffentlichen Debatten, z.B. mit den VertreterInnen der *Plataforma Agraria* und den *Campesin@-Organisationen* oder mit VertreterInnen der katholischen Kirche, was diese Berger ziemlich übel nahmen. Zu einem Treffen mit den guatemalteckischen Frauenorganisationen ist weder der eine noch der andere erschienen. Colom hatte die Begründung, der Montag sei sein Ruhetag, Stein die Ausrede, es sei ihm eine Reise ins Ausland dazwischengekommen.

Im Grossen und Ganzen führen die beiden ein und denselben Diskurs: Die Umsetzung der Friedensabkommen, die Verringerung der Armut und die Verbesserung der ökonomischen Situation – dasselbe also, was auch Alfonso Portillo vor vier Jahren versprochen hat. Weiter versprechen beide, die Sicherheit der BürgerInnen zu verbessern, das Schul- und Gesundheitswesen zu stärken sowie den Bau von Infrastruktur – auch das ist nichts Neues.

Laut einer Meinungsumfrage von Ende November würden 58.6% der Befragten ihre Stimme dem GANA-Kandidaten Oscar Berger geben, während 41.4% Alvaro Colom unterstützten. Die geographische Verteilung ist ähnlich wie in der ersten Wahlrunde: Colom ist der Favorit im Hochland und in den ländlichen Gebieten, während Berger seine Stimmen vor allem im Departement Guatemala sicher hat.

Die liebe Verwandtschaft

Guatemala, 12. Dez. Mit Übernahme der Regierungsführung im Januar hätten sowohl Alvaro Colom, Kandidat der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) als auch Oscar Berger von der *Grossen Nationalen Allianz* (GAN) Gelegenheit, ihre Bereitschaft zur Verfolgung der Rechtsstaatlichkeit in Guatemala unter Beweis zu stellen. Und das in gewisser Weise am eigenen Leibe, stehen doch beide in familiären Beziehungen zu Personen, die massiv gegen die geltenden Arbeitsrechte verstossen haben bzw. es immer noch tun.

So liegen den entsprechenden gerichtlichen Instanzen zahlreiche Anklagen gegen Coloms Ehefrau, Sandra Torres Casanova vor. Diese war lange Zeit als selbständige Textilunternehmerin und Alleinverwalterin einer Kleidungsfirma und AG tätig, bevor sie diese im April an UnternehmerInnen aus El Salvador übergeben hat, um sich dem Wahlkampf ihres Gatten zu widmen. Allein in den letzten drei Jahren summierten sich neun Anzeigen gegen Torres, die sich auf die Nichtauszahlung von Löhnen, der Verweigerung der gesetzlich vorgeschriebenen Sozialleistungen wie Sozialversicherung, Urlaub, Bezahlung von Überstunden und Kündigungsabfindungen beziehen. Angestellte berichten, dass ihnen zudem der Lohn eines Arbeitstages abgezogen wurde, wenn sie zum Arzt gehen mussten. Zur potentiellen Sicherstellung einer Schuldentilgung wurde Torres Konto beschlagnahmt und ihr bis April dieses Jahres die Ausreiseerlaubnis aus Guatemala verweigert. Doch die Angestellten warten immer noch auf die Nachzahlung der ausstehenden Leistungen.

Während sich Colom darüber beschwert, dass zu seinem Nachteil die Medienberichterstattung bezüglich seiner und der Person seines Wahlkontrahenten Oscar Bergers ungleichgewichtig sei, was den Einschätzungen von Renzo Rosal der Universität Rafael Landívar und Virgilio Álvarez der *Lateinamerikanischen Sozialwissenschaftsfakultät* FLACSO durchaus entspricht, weisen doch einige Meldungen darauf hin, dass auch Bergers Familie keine weisse Weste trägt.

Dabei ist u. a. von der Fincabesitzerin Olga Elena Whitman Luna, der Tante der Ehefrau Bergers, die Rede. Diese Tante kündigte 1992 65 Familien fristlos und schuldet seitdem den ArbeiterInnen die Zahlung von einbehaltenen Löhnen und Abfindungsleistungen in Höhe von ca. 4 Mio. Quetzales pro Finca. Zwar gaben diverse Gerichtsinstanzen den prozessierenden Arbeitenden Recht, doch verändert hat sich nichts. 250 Familien haben sich nun zusammengetan und seit Ende

November die Fincas María Lourdes und La Merced in der Gemeinde Génova Costa Cuca, Quetzaltenango, besetzt, die im Besitz von Whitman Luna sind. Diverse Organisationen, darunter die *Nationale BäuerInnendachorganisation* CNOC, das *BäuerInnenkomitee* CUC, der Zusammenschluss *Plataforma Agraria* sowie die *Nationale Indigene und BäuerInnenorganisation* CONIC, fordern die Justiz auf, den bewaffneten Überfall auf die besetzten Fincas aufzuklären, der Anfang Dezember stattfand, und bei dem eine Führungsperson der Besetzenden und ein 7-jähriges Kind durch Schüsse schwer verletzt wurden.

International durch die Menschenrechtsorganisation FIAN begleitet wird seit einigen Jahren der Fall der Kaffeefinca Nueva Florencia, in der Gemeinde Colomba Costa Cuca, ebenfalls Quetzaltenango. Diese ist im Besitz der Familie Bruderer Berger, zu der der Präsidentschaftskandidat Oscar Berger auch gehört. Den Arbeitenden wurde hier ebenfalls frist- und abfindungslos gekündigt, ihnen wurden weder Mindestlöhne geschweige denn Zusatzleistungen gezahlt. Auch dieser Fall ging bereits, jeweils mit bestätigendem Rechtsurteil bezüglich der Wiedereinstellung und Nachzahlung der Gehälter durch diverse Gerichtsinstanzen, doch ohne Erfolg.

In einem, der Redaktion vorliegen-

den Brief vom 23. Nov. 2003 an die FIAN-Gruppe Herne-Marl, Nordrheinwestfalen, schildert die Gewerkschaft der Arbeitenden der Finca Nueva Florencia ihre Situation: „Unseren Kindern ist der Zugang zur Schule verwehrt, unsere Unterkünfte sind noch mehr beschädigt worden (diese wurden bereits u. a. teilw. niedergebrannt, die Red.). Nach wie vor haben wir keinen Zugang zur Mäismühle und zur Krankenstation der Finca, immer noch sind wir ohne Arbeit, unsere Ernährungslage wird jeden Tag kritischer: Im April hat man auf Anordnung der Arbeitgeber unsere selbst gepflanzten Obstbäume abgehackt. Wir haben Gesundheitsprobleme und kein Geld für einen Arztbesuch oder Medikamente, man hindert uns sogar daran, Brennholz zu schlagen (...) Das Gericht ordnete an, dass die Arbeitgeberseite zu einer klärenden Sitzung kommen solle, aber sie erscheinen nicht. Sie wollen unser Problem nicht lösen und wollen uns mit dem Instrument des Hungers töten.“

Die Interdiözesane Landpastorale von Quetzaltenango misst dem Fall exemplarische Bedeutung bei: Würde hier einmal die Straflosigkeit durchbrochen, wäre ein Durchbruch für das ganze Land erzielt.

An „persönlichen“ Herausforderungen fehlt es hinsichtlich ihres Ansinnens auf die Präsidentschaft also beiden Kandidaten nicht.

HIV/AIDS - auch ein Thema für Guatemala

Guatemala, 2. Dez. Manche Themen gelangen allein anlässlich eines der inzwischen zahlreichen „Internationalen Tage“ über die Medien in die guatemaltekeische Öffentlichkeit. So alljährlich die HIV/AIDS-Problematik. Pünktlich zum 1. Dezember, dem „Internationalen AIDS-Tag“, publizierten die Panamerikanische und die Weltgesundheitsorganisation (OPS/WHO) das Dokument „Verständnis der und Antwort auf die Stigmatisierung und Diskriminierung wegen HIV/AIDS“. In diesem wird für Lateinamerika und die Karibik die herrschende Homophobie als Problem nicht nur hinsichtlich der grundlegenden Menschenrechtsverletzung sondern vornehmlich in Bezug auf die fatalen Folgen für eine angemessene (medizinische und psychologische) Betreuung der Betroffenen genannt.

Laut eines Berichts der OPS von 2002 waren zu dem Zeitpunkt weltweit rund 40 Mio. HIV/AIDS-Infizierte registriert. In Guatemala, wo 1981 das erste Mal der Virus entdeckt wurde, geben die Statistiken bis Juni 2003 eine Anzahl von 5'719 infizierten Personen an. Gleichzeitig wird dar-

auf hingewiesen, dass die Dunkelziffer weitaus höher liegen wird, bedingt durch die mangelhafte Registrierung und die Unwissenheit der PatientInnen.

Für die OPS spielt die Immunkrankheit, die besonders häufig bei Personen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren, also dem so genannte „produktiven Alter“ auftritt, eine signifikante Rolle hinsichtlich der (wirtschaftlichen) Entwicklung und der Situation (extremer) Armut der Region, schränkt doch die Infektion die Arbeitskraft erheblich ein.

Auf lateinamerikanisch-regionaler Ebene ist die Nicht-Regierungsorganisation CEJIL (*Zentrum für Justiz und internationale Rechte*) um die Einhaltung internationaler Normen bemüht und hat bereits zweimal vor der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) Klage gegen den guatemaltekeischen Staat eingereicht. Bei der letzten im September 2003 bezog sich der Inhalt auf den Verstoß gegen das Recht auf Leben von 39 HIV/AIDS-infizierten GuatemaltekenInnen, die eines gerichtlichen Schutzes und des Zugangs zu Medikamenten entbehren.

Kongressabgeordnete sahen ab

Guatemala, 10. Dez. Zum Abschluss ihrer Legislaturperiode haben die Kongressabgeordneten "einstimmig" das Dekret 44-2003 verabschiedet, mit dem sie sich eine einmalige Abgangsschädigung von 120'000 Quetzales (ca. US-\$ 25'000) pro Person zukommen lassen. Für Mitglieder des Kongressvorstands und Abgeordnete der Regierungspartei *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) ist die Summe noch etwas höher, unabhängig davon, wie oft ein Abgeordneter bei den Sitzungen anwesend war, oder in wie viele Prozesse jemand verwickelt ist.

Diese Entschädigung sollen nicht nur die abtretenden Abgeordneten erhalten, sondern auch die 42 wiedergewählten, die sich mit demselben Dekret gleich noch eine Erhöhung ihres Gehalts für die nächsten vier Jahre billigten, vom heutigen Grundlohn von 29'000 Quetzales auf rund Q 50'000 (exklusive Spenden). Insgesamt rechnet man bei 113 Abgeordneten für dieses „Weihnachtsgeschenk“ und rund Q 8 bis 10 Mio. pro Monat für die Gehaltszahlungen mit Ausgaben von ca. Q 15 Mio.. Da ab 2004 anstelle der bisherigen 113 dann 158 VolksvertreterInnen im Kongress sitzen, würden sich die monatlichen Ausgaben gegenüber heute fast verdreifachen. (Zum Vergleich: Ein einfacher Campesino bräuchte etwa fünf Jahre, um soviel Geld zu verdienen wie ein Abgeordneter in einem Monat.)

Niemand wundert sich darüber, dass die FRG-Abgeordneten zum Ende ihrer Amtszeit noch einmal ordentlich absahnen wollen. „Einstimmig angenommen“ heisst aber, dass auch die linken ParlamentarierInnen der ANN (*Allianz Neue Nation*) und der URNG (*Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas*) für dieses Dekret gestimmt haben. Ein Beispiel seiner „verantwortungs-

vollen“ Arbeit im Kongress bewies der URNG-Abgeordnete Alberto Mazariegos, als er sich gegenüber der Presse verteidigte mit den Worten „Ich habe einen Moment lang nicht aufgepasst, worum es ging und einfach die Hand erhoben, wie alle anderen auch.“ Auch der URNG-Abgeordnete Carlos Mejía stimmte für das Dekret, wohl in der Hoffnung, mit dem Geld die Schulden bezahlen zu können, in die er sich für seine Wahlkampagne gestürzt hat.

Wenige Minuten vor Ende der letzten offiziellen Sitzung dieses Jahres präsentierten die Abgeordneten der FRG ein Abkommen, das auch von VertreterInnen der Opposition unterstützt und mit unterzeichnet war (wie sich später herausstellte, auch von den URNG-Abgeordneten Mazariegos, Mejía und Rosales), lasen es unverständlich vor und stellten es zur Abstimmung: Alle haben zugestimmt und erst danach gemerkt, worum es eigentlich ging.

Die Reaktion der guatemaltekischen Bevölkerung und PolitaktivistInnen blieb nicht aus. Auch die URNG-Parteileitung sprach sich in einer Erklärung klar gegen das Dekret aus. Während verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft versuchen, auf legalem Weg gegen das Dekret vorzugehen, fanden auf der Strasse Demonstrationen und Kundgebungen statt. Vor dem Kongress wurden 113 Plastikschweinchen deponiert, eines für jeden Kongressabgeordneten.

Aufgrund dieser einstimmigen Proteste sahen sich auch die progressiven Kongressabgeordneten zu einer Stellungnahme gezwungen. Die ANN-Abgeordnete Nineth Montenegro, die ebenfalls für die Annahme des Dekrets gestimmt hat, entschuldigte sich bei der guatemaltekischen Bevölkerung und versprach, alles zu unternehmen, um den

Entscheid rückgängig zu machen. Zusammen mit der GANA-Abgeordneten Anabella de León reichte sie beim Verfassungsgericht Einspruch gegen das Dekret ein. Sie berufen sich dabei auf den Artikel 100 der guatemaltekischen Verfassung, in dem es heisst, dass nur Personen, die in einem Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Verhältnis stehen, und die ungerechtfertigt entlassen wurden, Anrecht auf eine Entschädigungszahlung haben. Die Kongressabgeordneten haben in diesem Sinne keinen Arbeitgeber, sondern sie wurden von den wahlberechtigten BürgerInnen gewählt.

Eine der Forderungen der Bevölkerung ist, eine ausserordentliche Kongresssitzung einzuberufen und auf dem Weg, auf dem das Dekret verabschiedet wurde, dieses wieder aufzuheben. Bisher gelang es jedoch nicht, die für eine solche Einberufung notwendigen Unterschriften eines Viertels aller Abgeordneten zusammenzubringen.

Derweil hat das Verfassungsgericht eine vorläufige Einstellung des Dekrets angeordnet und somit dem Einspruch von Montenegro und de León einstweilen stattgegeben. Es bleibt zu hoffen, dass eine definitive Entscheidung noch vor dem 14. Januar, dem Tag der Regierungsübernahme, getroffen wird. Es ist ebenso zu hoffen, dass es der „alte“ Kongress ist, der zur Einsicht kommt und das Dekret rückgängig macht, vererbt er doch sonst dem „neuen“ Kongress ein noch angeschlageneres Image, als dies sowieso schon der Fall ist.

Tot: Ex-Präsident Arana Osorio

Guatemala, 7. Dez. Als einer der ersten Aufstandsbekämpfungsstrategen bezeichnet, verstarb der pensionierte General Carlos Manuel Arana Osorio am 5. Dez. nach langer Krankheit im Alter von 85 Jahren. Mit Unterstützung einer ultrarechten Koalition übernahm Arana 1970 für vier Jahre die Präsidentschaft Guatemalas. Damit begann eine Reihe von Militärregierungen, die bis 1986 die Macht innehatten. Arana startete seinen Anti-Guerilla-Kampf 1966 in den Departements Izabal und Zacapa, wo sich die ersten Antiregierungsbewegungen erhoben hatten.

Zu Beginn seiner Amtszeit erklärte er den Belagerungszustand des Landes

und suspendierte jegliche Verfassungsgarantien mit der Absicht der Ausrottung der Aufständischen. Man erinnert sich gar an seine Aussage, dass er, wenn es nötig wäre, "das Land in einen Friedhof zu verwandeln, um es zu befrieden, nicht zögern würde, es zu tun." Laut eines Berichts der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) von 1981 erreichte Arana sein Ziel und vernichtete fast die gesamte ländliche Guerilla. Die Zahlen der Toten und Verschwundenen geben für 1970/71 7 Mio. an, 1973 überschritten sie die 15 Mio..

In den letzten Jahren schloss er sich der pazifistischen Sekte *Sai Baba* an und war ihr Repräsentant für Guatemala.

¡Fijate!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijate!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijate!

c/o Christiane Treeck

Heimstrasse 7

D- 10965 Berlin

Tel. ++49 (0)30/ 6150 7160

E-Mail:

c-tree@gmx.net

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Wie oft muss Bischof Gerardi noch sterben?

Guatemala, 23. Nov. Unter dem Titel „Wer tötete den Bischof?“ liegt das Resultat einer dreijährigen Investigation der JournalistInnen Maite Rico und Bertrand de la Grange (ehemaliger Sprecher der UN-Mission für Guatemala MINUGUA) über die Ermordung von Bischof Juan José Gerardi am 26. April 1998 in Form eines Buchs vor, das in Guatemala die Gemüter bewegt.

Die beiden rekonstruieren in journalistischer Form das Verbrechen an Bischof Gerardi, der zwei Tage nach der Präsentation des Berichts der bischöflichen Wahrheitskommission über die Verbrechen während des Bürgerkrieges ermordet worden war. Dabei stellen sie die Verurteilung zu 30 Jahren Gefängnis der drei Militärs Byron Disrael Lima, dessen Sohn Byron Lima und Obdulio Villanueva sowie von Pfarrer Mario Orantes zu 20 Jahren, in Frage. Gemäss Rico und de la Grange handelte es sich um eine Konspiration, in die hohe Militärs verwickelt sind, die eine Rechnung mit der damaligen Regierung Arzú zu begleichen hatten und diese im Hinblick auf die Wahlen 1999 schwächen wollten. Konkret werden die Namen von 12 Personen genannt, die zusammen mit Alfredo Moreno einem Schmuggelring angehörten, der während der Regierungszeit von Arzú aufgefliegen ist. Moreno ist ehemaliger Funktionär des Zollwesens und enger Freund gewisser Militär- und FRG-Kreise. Laut den AutorInnen haben die Militärs die Verbrecherbande „Valle del Sol“ benutzt und bezahlt, um das Verbrechen auszuführen. Weiter beschuldigen sie das Menschenrechtsbüro des Erzbischofs (ODHA), konkret deren damalige Leiter Edgar Gutiérrez (heutiger Aussenminister) und Ronald Ochaeta, die Untersuchungen manipuliert und Zeugen bestochen zu haben. Auch die ODHA habe Arzú die Verantwortung für das Verbrechen in die Schuhe schieben wollen. Dabei sei dieser selbst bloss ein Opfer der Konspiration gewesen, erklärten die beiden in einem Interview gegenüber der guatemaltekischen Presse. Auf die Frage, weshalb sich die ODHA für so etwas hergeben haben soll, antworteten sie, dass es auch in der ODHA um Politik und Macht gehe, und dass Ochaeta und Gutiérrez von persönlichen Interessen geleitet waren, um einen Posten in der Regierung FRG zu bekommen – eine ziemlich gewagte Unterstellung.

Maite Rico und Bernard de la Grange, die bereits ein Buch über *Subcomandante Marcos* herausgegeben haben, verliessen Guatemala aus Sicherheitsgründen unmittelbar nach der Präsen-

tion des Buches. Derweil bewegt das Buch im Land selber die Gemüter und die ersten 3'000 Exemplare waren nach zwei Wochen bereits ausverkauft. Im Allgemeinen wird das Buch als trivial und nicht allzu professionell recherchiert kritisiert. Während es die Anwälte der drei verurteilten Militärs in den höchsten Tönen loben, sind die katholische Kirche und speziell die ODHA bzw. die nicht mehr dort arbeitenden Edgar Gutiérrez und Ronald Ochaeta vor den Kopf gestossen und versuchen, sich zu rechtfertigen (Zitat Ochaeta: „Ein Buch voller Lügen“).

Das Buch liest sich teilweise wie ein Krimi. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wem (ausser den AutorInnen, die in einem Land ohne Lesekultur wie Guatemala einen regelrechten Kassenschlager

lancierten) etwas nützt. Im Moment trägt es nur zur Polarisierung und Verwirrung der Diskussion über das Verbrechen an Bischof Gerardi bei, wobei leicht vergessen wird, dass dieses Verbrechen nach wie vor seiner Aufklärung harret.

Das Buch ist wenige Tage vor der Verhandlung des Berufungsgerichts erschienen, in der das Urteil gegen die drei Militärs (wovon unterdessen einer bei einem Gefängnisaufstand ermordet wurde) und Pfarrer Orantes bestätigt oder widerrufen werden sollte. Unterdessen haben aber die zuständigen Richter erklärt, sie seien nicht bereit, sich dem Fall noch einmal anzunehmen, da sie bereits einmal geurteilt hätten. Dies bedeutet, dass neue Richter für den Fall berufen werden müssen, was die Verhandlung weiter verzögern wird.

Tausende konnten nicht wählen

Guatemala, 4. Dez. Gemäss dem 7. Bericht des *Mirador Electoral* über Unregelmässigkeiten und Schwächen des Wahlprozesses haben rund 73'000 Personen, die am 9. November ihre Stimme abgeben wollten, dies nicht tun können, weil ihre Namen nicht in den Wahllisten zu finden waren. Das sind rund 2.5% aller Personen, die an diesem Tag ihre Stimme abgaben. Es sind dies alles Leute, die ihre Daten aktualisieren liessen, d.h., die sich an neuen Wohnorten einschreiben liessen.

Ausserdem stellte der *Mirador* fest, dass auch nach einer Bereinigung das Wahlregisters noch auffallend viele Verstorbene oder im Ausland lebende Personen in den Listen auftauchten und kritisierte, dass es seitens des Obersten Wahlgerichts (TSE) an Interesse mangelte, diese Fehler einzugestehen bzw. für

die zweite Wahlrunde zu beheben.

Das TSE gab derweil bekannt, dass es die Pflicht der BürgerInnen sei, herauszufinden, wo sie am 28. Dezember ihre Stimme abgeben können. Es werde nicht mehr erlaubt, wie dies in der ersten Wahlrunde der Fall war, dass die Namen von Personen, die nicht in den Listen erscheinen, von Hand ins Wahlregister eingetragen würden. Offenbar reicht die Zeit nicht mehr aus, um die Wahllisten zu revidieren. Deswegen müssen die Personen, die ihre Daten aktualisieren liessen, jedoch nicht in der Liste ihres neuen Wohnortes aufgeführt waren, am alten Ort wählen gehen.

Ab dem 8. Dezember stellte das Wahlgericht eine(!) Telefonnummer zur Verfügung, über die die Personen Auskunft erhalten, die in der ersten Wahlrunde nicht teilnehmen konnten.

Neues UNO-Büro in Guatemala

Guatemala, 28. Nov. Das UNO-Menschenrechtshochkommissariat wird in der ersten Hälfte des Jahres 2004 ein Büro in Guatemala eröffnen, das während der nächsten drei Jahre sowohl die Übergabe der Arbeit von MINUGUA, der *UN-Mission für Guatemala* an nationale Institutionen begleiten, wie auch die Entwicklung der Menschenrechtssituation überwachen wird. MINUGUA wird Ende 2004, nach zehnjähriger Präsenz im Land, die Arbeit einstellen. Im Gegensatz zu dieser kann aber die neue Institution keine gerichtlich verwertbaren Untersuchungen einleiten, sondern nur beobachten und Empfehlungen ab-

geben.

Die Tatsache, dass weiterhin eine Beobachtung seitens der UNO notwendig ist, ist für guatemaltekische MenschenrechtsaktivistInnen ein Beweis für die prekäre Menschenrechtssituation im Land, die sich in den letzten vier Jahren, unter der Regierung Portillos zugespitzt hat. Gleichzeitig begrüssen sie die Initiative, wird doch der Abzug von MINUGUA ein Vakuum bezüglich internationaler Präsenz hinterlassen.

Guatemala ist nach Kolumbien das zweite Land Lateinamerikas, in dem das Menschenrechts-Hochkommissariat ein Büro eröffnet.

Vom Sehen und Hören

Guatemala, 2. Dez. Präsident Portillo hat die Fernsehkanäle 5 und 9, die beide seit längerem im Besitz des Staates und deshalb laut Gesetz nicht zu versteigern sind (die Art und Weise, wie normalerweise Fernseh- und Radiokonzessionen vergeben werden), ans „Volk“ übergeben. Das Versprechen ist ein altes, doch eigentlich hatten die StudentInnen der Universität San Carlos damit gerechnet, einen der beiden Kanäle zu bekommen, wie dies Portillo im September 2002 versprochen hatte. Die USAC sendet momentan 15 Stunden pro Tag auf einem Kabelkanal. Doch Portillo hat anders entschieden: Die Lizenz des Kanals 5, der früher dem Militär gehörte, wurde für die nächsten acht Jahre an die *Akademie für Maya-Sprachen* (AMLG) vergeben, diejenige des Kanal 9 an den guatemaltekischen Kongress. Die Reaktionen auf diese Lizenzvergaben waren unterschiedlich:

In Indígenakreisen wurde die Nachricht grundsätzlich positiv aufgenommen. Sie gilt als ein Zeichen der Umsetzung des in den Friedensabkommen festgehaltenen Rechts auf Information in den verschiedenen Maya-Sprachen und als generelle Anerkennung der Existenz der indigenen Bevölkerung. Gleichzeitig hofft man aber, dass diese Geste nicht auf der symbolischen Ebene stecken bleibt, sondern dass die Regierung auch die entsprechenden Mittel zum Betreiben eines Fernsehsenders zur Verfügung stellt.

Gilberto Atz von der *Nationalen Koordination der Campesin@-Organisationen*, CNOC, betonte die Wichtigkeit des Einbezugs aller indigenen Gruppen, um zu vermeiden, dass der Fernsehkanal von einem Sektor dominiert, monopolisiert und zu politischen Zwecken missbraucht wird. Víctor Hugo Herrera von der *Guatemaltekischen Vereinigung der Radio-Schulen* (FGER) begrüßte zwar die Lizenzvergabe an die AMLG, ist aber gleichzeitig der Meinung, dass damit noch nicht genug getan sei. Die indigenen Völker seien historisch vom gesellschaftlichen Geschehen ausgeschlossen gewesen, weshalb neben einem „eigenen“ Fernsehkanal auch weiterhin der politische Kampf um die indigenen Rechte nicht zu vernachlässigen sei.

Alfred Kaltschmitt, der für seine rassistische Einstellung bekannte Kolumnist von der Tageszeitung *Prensa Libre*, hingegen geht wie selbstverständlich davon aus, dass erstens von Mayas gemachte Fernsehprogramme totlangweilig seien und zweitens, dass die Vergabe der Lizenz gegen den 1. Artikel der guatemaltekischen Verfassung

verstosse, laut dem alle Menschen gleich sind.

Auch die Vergabe des Kanals 9 an den guatemaltekischen Kongress wurde ambivalent aufgenommen: Derselbe Alfred Kaltschmitt findet es hochspannend, Minute für Minute verfolgen zu können, was die „Väter der Nation“ den lieben langen Tag im Kongress so treiben. Auch einige ParlamentarierInnen begrüßen die Lizenzvergabe und erhoffen sich eine bessere Kontrolle der Kongressarbeit durch die Bevölkerung. KritikerInnen jedoch befürchten, dass der kongresseigene Fernsehkanal politisiert und von der Kongressmehrheit dazu missbraucht wird, unpopuläre Entscheidung via „Fernsehshow“ beliebt zu machen.

Während die Vergabe der Fernsehkanäle als demokratisches Ereignis gefeiert wird, weitet der mexikanische Medienmogul, Angel González, sein Reich auf die guatemaltekischen Radiofrequenzen aus. González, der bereits Be-

sitzer der meisten guatemaltekischen Fernsehsender ist, hat am 19. November 17 Radiofrequenzen gekauft und ist nun im Besitz von insgesamt 70 Radiostationen. Normalerweise werden Radiofrequenzen, die zum Verkauf stehen, von der Telekommunikationsbehörde dreimal in den wichtigen nationalen und internationalen Tageszeitungen sowie per Internet ausgeschrieben und an den Meistbietenden vergeben. Bei dieser jüngsten Frequenzvergabe wurden aber die Daten einzig in der Zeitung *La Hora* ausgeschrieben, ohne Zeit und Datum, wann die Versteigerung stattfindet. So kam es, dass González pro Radiofrequenz rund US-\$ 50'000 bezahlte, während normalerweise die Preise bei den Versteigerungen bis zu US-\$ 250'000 hinauf getrieben werden. Derweil kämpfen die unkommerziellen Gemeinschaftsradios um eine Revision des Telekommunikationsgesetzes, die es auch den „Kleinen“ ermöglichen soll, legal zu einer Radiofrequenz zu kommen.

Das Recht auf Tracht

Guatemala, 5. Dez. Das *Komitee für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte der Vereinten Nationen* wies in seinem aktuellen, dem zweiten Bericht über die Ausführung des Internationalen Pakts hinsichtlich der genannten Rechte darauf hin, dass in Guatemala die Rechte auf Ernährung, Wohnraum, Gesundheit, Zugang zu Land, Soziale Sicherheit und Bildung der indigenen Bevölkerung, der Frauen und der BäuerInnenfamilien massiv verletzt würden.

In dem Bericht ist neben der bestehenden Diskriminierung gegenüber den indigenen Völkern zudem die Rede von der Straflosigkeit der Arbeitgebenden, dem schwachen und unregelmässigen Handeln der zuständigen Arbeitsrechtsinstitutionen auf dem Land, der Instabilität der Arbeitssituation in den ländlichen Gegenden sowie von dem unangemessenen Lebensstandard und der Arbeitslosigkeit als negative Folgen der Kaffeekrise. Diese trug in den letzten Jahren zu einem Anstieg der Armut um 5% bei.

Indes sind immerhin kleine Schritte in Richtung Achtung der Menschen- und Identitätsrechte zu vermerken:

Das Berufungsgericht gab dem Antrag von Menschenrechtsombudsmann Sergio Morales statt und entschied, dass das nationale Gefängnisystem die indigenen Gefangenen nicht mehr dazu verpflichten könne, den aus vermeintlichen Sicherheitsgründen bis-

lang obligatorischen knallorangenen Overall zu tragen, wenn sie vor Gericht gebracht werden. Dieser bisherige Zwang stünde entgegen des Rechts auf kulturelle Identitätsfreiheit. Sollte ein Gefängnisdirektor dennoch gegen dieses Urteil verstossen, droht ihm eine Bussgeldstrafe von bis zu 1'000 Quetzales (ca. US-\$ 125).

Die Kontroverse um den "orange-nen Overall" kam im Juli dieses Jahres auf, als die 82-jährige Lorenza Quej, die im Frauengefängnis in Cobán, Alta Verapaz, eine Haftstrafe absitzt, Anklage einreichte wegen der Art und Weise, in der sie zum Tragen der Häftlingsuniform genötigt worden war.

Nicht ganz so strikt wiederholte jetzt das Bildungsministerium (MINEDUC) in Form eines Ministerialabkommens den Inhalt seines zu Beginn der FRG-Regierungsführung veröffentlichten, jedoch nicht befolgten Rundschreibens bzgl. der Aufforderung zur Förderung und zum Respekt des Tragens der indigenen Tracht, was von verschiedenen Gesellschaftssektoren begrüßt wurde. Demetrio Cojtí, Vize-Bildungsminister, berichtet von zahlreichen Anzeigen gegen DirektorInnen der rund 25'000 Grundschulen und 9'000 weiterführenden Schulen, die sich weigerten, indigene SchülerInnen aufzunehmen, die nicht die Schuluniform anziehen wollten. Dies betraf und betrifft vornehmlich die weiblichen Lernwilligen.

